

Medienmitteilung

Thema	Vernehmlassung zum Energieplan der Stadt Winterthur
Für Rückfragen	Beat Meier, Tel. +41 52 203 38 00; Mobil +41 79 601 51 18 beat.meier@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Stadt Winterthur, Postfach 1830, 8401 Winterthur www.winterthur.grunliberale.ch
Datum	6. Januar 2012

Trotz Schritten in die richtige Richtung – zu viele offene Fragen zu Zielsetzungen und Massnahmen

Der Entwurf des Energieplanes der Stadt Winterthur macht deutlich, welche grossen Herausforderungen im Bereich der Energieversorgung zu bewältigen sind. Die Grünliberalen begrüssen die Stossrichtung der örtlichen Priorisierung und Entflechtung von Gebieten mit Fernwärme, Erdgas oder anderen Energieträgern. Bezüglich Zielsetzung und Umsetzung lässt der Energieplan jedoch noch zu viele Fragen offen.

Ist die Zielsetzung ehrgeizig genug?

Mit einem sogenannten Absenkpfad soll für alle Winterthurer bis 2050 der Ausstoss von Treibhausgasen auf 2 Tonnen CO₂ pro Person reduziert werden. Aus Grünliberaler Sicht ist es fraglich, ob das Ziel von 2 Tonnen für Winterthur ambitioniert genug ist. Das Ziel von 2-Tonnen CO₂ bis 2050 gilt normalerweise für den schweizerischen Durchschnitt. Im Ausgangsjahr 2008 liegt Winterthur mit 6.4 Tonnen CO₂ je Person jedoch rund 25% unter dem schweizerischen Mittelwert, was für städtische Verhältnisse erwartet werden kann. Überträgt man diese Vorteile der städtischen Dichte auf die Zukunft, müssten die Treibhausgase bis 2050 deutlich stärker reduziert werden. Der vorgelegte Energieplan macht jedoch keine Aussage dazu, welche Konsequenzen eine stärkere Reduktion auf Kosten, Nutzen und die räumliche Planung hat. Dieser Mangel ist zu beheben.

Zudem scheint die Senkung des Wärmebedarfes um nur 20% bis 2050 nicht besonders ehrgeizig. So geht beispielsweise der Energieplan der Stadt Sankt Gallen von einer Absenkung des Wärmebedarfes um mehr als 40% bis 2050 aus. Die Stadt Solothurn geht in ihrem Masterplan Energie von einer Reduktion des Wärmebedarfes für Heizung und Warmwasser um 35% bis 2035 aus (Winterthur will bis 2035 nur 15% reduzieren).

Die gesteckten Ziele (gemäss „Grundlagen Energiekonzept 2050“) werden folglich kritisch hinterfragt. Bevor diese Ziele als Grundlage für den Energieplan verbindlich festgesetzt werden, ist aufzuzeigen, warum die Stadt Winterthur im Vergleich zu gesamtschweizerischen Zielen oder zu anderen Städten weniger ambitionöse Ziele wählt.

Zielkonflikte ausgeblendet

Die Stadt will einerseits Effizienzziele (weniger Energieverbrauch) erreichen, andererseits tritt sie bei Gas, Strom und Fernwärme als Verkäuferin von Energie auf und möchte dabei möglichst viel absetzen. Zu diesem klassischen Zielkonflikt schweigt der Energieplan. Das Dilemma muss jedoch aktiv angegangen werden. Dabei sind Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass für Effizienzmassnahmen positive Anreize entstehen. Die Stadt muss zum Motor der Energiewende werden, nicht zur Bremse. Gerade bei den städtischen Monopolen der Gas- und Fernwärmeversorgung ist es heute aufgrund der hohen Netzkosten so, dass jede eingesparte Kilowattstunde die Rentabilität verschlechtert.

Wie robust ist der Energieplan?

Der Energieplan macht keine Aussagen zu den Auswirkungen, falls die getroffenen Annahmen in der Realität abweichen. Dazu gehören:

- Auswirkungen von Energiepreisschwankungen

- Veränderungen von Preisen und Mengen im Abfallbereich
- Veränderungen beim Strom-Mix und bei Strompreisen (relevant für Wärmepumpen)
- Wirtschaftliche Effekte

Ohne solche Sensitivitätsanalysen kann nicht beurteilt werden, wie robust der Energieplan ist. Wenn beispielsweise die Abfallmenge stark sinkt oder der Abfall-Brennstoff massiv teurer wird, sind die Ausbaupläne für die Fernwärme in Frage gestellt. Dasselbe gilt für die Nutzung der Umweltwärme durch Wärmepumpen bei stark steigenden Strompreisen. Der Plan, den Anteil der erneuerbaren Energieträger und der Umweltwärme von heute 15% auf 65% bis zum Jahr 2035 auszuweiten, ist in höchstem Masse von diesen Preisverhältnissen abhängig.

Einseitige Konzentration auf Wärmeversorgung – Stromproduktion und Stromverbrauch vernachlässigt!

Es ist zwar nachvollziehbar, dass der Energieplan einen Schwerpunkt auf die Wärmeversorgung legt, weil die räumlichen Wirkungen der netzgebundenen Energieträger Fernwärme und Erdgas einen hohen Koordinationsbedarf bedingen. Es ist aus Sicht der Grünliberalen jedoch unverständlich, warum die Stromproduktion und Stromnachfrage im Energieplan vernachlässigt wird. Wie der Absenkpfad eindrücklich aufzeigt, werden die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Wärmemarkt und Strommarkt massiv zunehmen. Dies hauptsächlich aus zwei Gründen.

1. Die vermehrte Nutzung von Umweltwärme durch Wärmepumpen braucht mehr Strom mit Spitzenverbrauch im Winter.
2. Die im Energieplan angedeutete, verstärkte Rolle von Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen (WKK), die gleichzeitig Wärme und Strom produzieren, kann einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Stromversorgung leisten. Erforderlich ist aber eine räumliche Koordination, vor allem bezüglich des Wärmeabsatzes. Für die ökologisch und wirtschaftlich sinnvolle Auslegung solcher Anlagen kann eine Einbindung in das Fernwärmenetz oder in Nahwärmenetze entscheidend sein.

Zudem soll gemäss Energiekonzept 2050 der Ausbau der Photovoltaik auf rund ¼ des Stromverbrauchs erfolgen. Das bedeutet pro Person eine Modulfläche von rund 10 bis 15 Quadratmeter! Dafür ist eine räumliche Koordination mittels Energieplan erforderlich, unter anderem auch für den Netzausbau im Strombereich.

Es fehlen Massnahmen zur Umsetzung und konkrete Zwischenziele. Fehlt auch der Wille zur Tat?

Die behördenverbindliche Bezeichnung von Prioritätsgebieten für verschiedene Energieträger ist eine notwendige Voraussetzung für die Planung. Damit alleine ist aber noch nicht viel erreicht. So war beispielsweise die Nutzung des Grundwasserstromes zwischen Hauptbahnhof und Wülflingen schon im Energieplan von 1998 ein wesentliches Element. Passiert ist fast gar nichts, weil Massnahmen und der Wille zur Umsetzung fehlten. Dies ist beim neuen Energieplan zu korrigieren.

Während gewisse Ziele zu wenig ehrgeizig sind, machen die Grünliberalen umgekehrt ein Fragezeichen bei der geplanten Reduktion des Ölverbrauches um mehr als 50% bis zum Jahr 2020. Ist eine Halbierung in nur 8 Jahren realistisch? Mit welchen Massnahmen soll dies erreicht werden? Denkt die Stadt an eine Pflicht zum Ersatz von Ölheizungen oder zur Sanierung ölbeheizter Liegenschaften?

Konkrete Zwischenziele für die nächsten Jahre sind elementar, zum Beispiel für 2013, 2015 und 2017 im Hinblick auf 2020. Zudem ist ein laufendes Monitoring entscheidend, damit auf Abweichungen frühzeitig reagiert werden kann. Ohne Zwischenziele verschiebt sich der Handlungsdruck für so langfristige Projekte erfahrungsgemäss weit in die Zukunft. Wir dürfen die Energiewende nicht der kommenden Generation überlassen.

Zusammenfassend befürworten die Grünliberalen die Stossrichtung des Energieplanes, erwarten aber erhebliche Nachbesserungen, bevor eine behördenverbindliche Festsetzung erfolgen kann.

Informationen über die Grünliberale Partei der Stadt Winterthur

Die Grünliberale Partei Winterthur wurde am 31. Oktober 2005 gegründet und steht für eine nachhaltige und lösungsorientierte Politik ein. Die Grünliberalen stellen in der Stadt Winterthur einen Kantonsrat sowie sechs Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Bei den Winterthurer Gemeinderatswahlen vom 7. März 2010 erreichte die Grünliberale Partei einen Wähleranteil von 9.9%.